2. Zusammenstellung der Mündlichen Anfragen in der Reihenfolge ihres Aufrufs gemäß § 74 Abs. 1 GeschO

lfd. Name Frage
Nr.

Staatsministerium der Justiz

- 1 **Christine Stahl** (GRU) Trifft es zu, dass die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I in ihrem seit Sommer 2004 geführten Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt im Entführungsfall K.E.-M. bis heute nicht den ehemaligen Bundesinnenminister und bayerisches MdB Otto Schily als Zeugen vorgeladen hat, um ihn zu seinen Informationen über K.E.-M.'s Gefangenschaft zu vernehmen und weshalb hat die StA erst am 18.6.2006, also fast zwei Jahre nach Verfahrenseröffnung, das BMI um eine Aussagegenehmigung ersucht und in welcher Form wird die Staatsanwaltschaft "insistieren" (Die Welt, 4.7.2006)?

Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

- 2 **Hans Joachim Werner** (SPD) Haben die bei der Sitzung des Arbeitskreises "Absiedlung Moos" am 4. Juli in Burgheim für die Zeit nach der Sommerpause angekündigten Gespräche des Umweltministeriums mit den 13 vom HQ 100 betroffenen Mooser Bürgern über ihre Absiedelung bereits begonnen, wenn ja, mit welchem Ergebnis wurden sie geführt und ist geplant, auch mit den übrigen seit 1999 immer wieder vom Hochwasser betroffenen Dorfbewohnern Gespräche über deren Absiedlung zu führen?
- 3 **Eike Hallitzky** (GRU) Nachdem der Staffelbach im Landkreis Passau wiederholt über die Ufer getreten ist, damit erheblichen Schaden verursacht hat und mehr einem Wildbach als einem Gewässer 3. Ordnung entspricht, frage ich, da die Kommune mit dem Unterhalt des Staffelbaches regelmäßig überfordert war, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit dieser von einem Gewässer 3.Ordnung zum ausgebauten Wildbach hochgestuft werden kann?
- 4 **Johanna Werner-Muggendorfer** (SPD) Ist die Finanzierung der Hochwasserschutzmaßnahme in Irsing (Gemeinde Neustadt a. d. Donau) mit all ihren Maßnahmen (Deichbau, Schöpfwerk) finanziell gesichert?

Staatsministerium des Innern

- 5 **Eduard Nöth** (CSU) Ich frage die Staatsregierung, ob seit Mauteinführung nachweisbare Erkenntnisse über die Mehrbelastung der B 470 (v. a. im Landkreis Forchheim) als Ausweichstrecke zwischen der Autobahn Würzburg - Nürnberg und der Autobahn Nürnberg - Berlin vorliegen, welche Gegenmaßnahmen bei Vorliegen nachweisbaren Maut-Ausweichverkehrs möglich sind bzw. schon eingeleitet wurden und welche Chancen Anträge anliegender Kommunen auf Einführung von Nachtfahrverboten für LKW über 12 t des Fernverkehrs haben?

- 6 **Rainer Volk-
mann**
(SPD) Wie weit sind die Gespräche vorangeschritten, die der Staatsminister des Innern auf der Grundlage der am 25. April vom Ministerrat beschlossenen Eckpunkte für eine Härtefallkommission mit den betroffenen Organisationen führen sollte; haben sich dabei Schwierigkeiten ergeben und wann ist mit einer Arbeitsaufnahme seitens der Härtefallkommission zu rechnen?
- 7 **Maria Scharfen-
berg**
(GRU) Wie begründet die Staatsregierung, dass auf der einen Seite gegen den TSV 1860 München unverzüglich wegen der Trikotwerbung für "bwin.de" vorgegangen werden soll, während auf der anderen Seite die Weisung des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 09.05.2006, in welcher die BLM aufgefordert wird, Werbung für "betandwin" (neuerdings "bwin") in in Bayern lizenzierten Privatsendern zu unterbinden, am liebsten totgeschwiegen wird und Staatsminister Sinner erklärt, die in der Weisung mit (verlängerter) Fristsetzung zum 30.06. angedrohte Ersatzvornahme werde nicht realisiert?
- 8 **Gerhard Wäge-
mann**
(CSU) Wie beurteilt die Staatsregierung die von der SPD-Unterbezirkvorsitzenden Helga Koch (Ansbach) u. a. im Weißenburger Tagblatt vom 27.06.2006 zur Vertreibung der Mautflüchtlinge genannte Lösung, nach österreichischem Vorbild an jeder Autobahnabfahrt das Schild "Verboten für Lkw über 7,5 t" mit dem Zusatz "ausgenommen Ziel- und Quellverkehr" anzubringen und wäre diese Regelung in Bayern so einfach umzusetzen, wie vom SPD-Unterbezirk Ansbach, Weißenburg-Gunzenhausen behauptet?
- 9 **Gudrun Peters**
(SPD) Welches Konzept verfolgt die Staatsregierung bei den Verhandlungen mit dem Bundesministerium des Innern im Hinblick auf die Zusammenarbeit der Bayerischen Landespolizei mit der Bundespolizei angesichts der noch bestehenden Differenzen zwischen den Vorstellungen der beiden betroffenen Ministerien bezüglich der künftigen Aufgaben der Vollzugsorgane und der Behauptung, dass "nach dem Wegfall der Grenzkontrollen die Bayerische Landespolizei ihre jetzige Alltagsaufgabe an den Grenzübergangsstellen zur Tschechischen Republik verlieren wird" - wie Bundesminister Schäuble in seinem Brief vom 31. Mai 2006 ausführt?
- 10 **Helga Schmitt-
Bussinger**
(SPD) Sind Berichte zutreffend, wonach die Wasserschutzpolizei Nürnberg im Zuge der Polizeireform in Mittelfranken die bisherigen Diensträume in der Rotterdamer Straße verlassen soll, und wie kann dies gegebenenfalls fachlich im Hinblick auf die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung, insbesondere auch mit Blick auf dann zwangsläufig längere Anfahrtswege zum Hafenaerial und zum Rhein-Main-Donau-Kanal, gerechtfertigt werden?

Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

- 11 **Adi Sprinkart**
(GRU) Wird es im Herbst 2006 eine KULAP-Antragstellung für das Jahr 2007 geben?
- 12 **Heinz Donhau-
ser**
(CSU) Nach welchen Kriterien wird vom Amt für Ländliche Entwicklung in Regensburg die Prioritätenliste zur Durchführung von Maßnahmen erstellt und welche Gewichtung haben darin Projekte des Hochwasserschutzes im Vergleich zu anderen Dorfentwicklungsmaßnahmen wie dem Bau von Backöfen, Kneippanlagen, oder ähnlichem und inwieweit hat die Staatsregierung einen Einfluss auf die Erstellung der Priorisierung?
- 13 **Ruth Paulig**
(GRU) Welche Abstände (in Metern) halten die auf bayerischen Staatsflächen angelegten GV-Mais-Anbauflächen zu benachbarten Maisfeldern, konventionell bzw. ökologisch wirtschaftender Betriebe, jeweils ein (bitte alle GV-Mais-Flächen einzeln auflisten)?

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

- 14 **Dr. Hildegard Kronawitter** (SPD) Im Rahmen der Beantwortung meiner Schriftlichen Anfrage vom 29.05.06 betreffend "Beschäftigungschancen von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch in Bayern stärken" durch die Staatsregierung ergibt sich zur Ausführung über die "Sonderinitiative zur Unterstützung von ALGII-Empfängerinnen und Empfängern" die Frage, worin diese Initiative tatsächlich besteht, in welcher Weise die Staatsregierung beim Einsatz des 40-Mio.-Euro-Anteils für Bayern aus dem 240 Mio. Euro umfassenden Bundesprogramm mit den Arbeitsagenturen kooperieren kann und - bezogen auf die Antwort auf Frage 5 - welche weiteren "Vorschläge zur Verbesserung der Beschäftigungssituation Älterer" konkret erarbeitet wurden?
- 15 **Jürgen Dupper** (SPD) Welche Fördergrundlagen hat das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen für Projekte mit der Zielgruppe sozial benachteiligter Jugendlicher für den Förderzeitraum 2007 bis 2013 geplant, um eine Planungssicherheit für die Projektträger von Beschäftigungsbetrieben zu erhalten?
- 16 **Christa Steiger** (SPD) Gibt es im Rahmen der Umsetzung des BayKiBiG eine einheitliche Finanzierungsbeteiligung bei den Integrativen Gruppen durch die Bezirke und wenn ja, in welcher Höhe und auf welcher Grundlage, wenn nein, was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um eine ausreichende, bedarfsgerechte Finanzierung für Integrative Gruppen sicherzustellen?

Staatsministerium der Finanzen

- 17 **Dr. Martin Runge** (GRU) Wie beurteilt die Staatsregierung das Ansinnen von Mobilfunkbetreibern, auf dem Gebäude des Hofbräukellers in der Inneren Wiener Straße 19 eine Mobilfunk-Sendeanlage zu errichten insbesondere aus der Warte des vorsorgenden Gesundheitsschutzes und wäre eine derartige Anlage Gegenstand der Rahmenvereinbarung des Finanzministeriums mit den Mobilfunkbetreibern aus dem Jahr 2002?

Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

- 18 **Christine Kamm** (GRU) Da die DB Regio Augsburg derzeit die Fahrzeuge für das sogenannte Elektronetz Schwaben ausschreibt, und im Raum Augsburg bereits die Befürchtungen bestehen, dass wenig attraktive Fahrzeuge mit unzureichendem Platzangebot beschafft werden könnten, frage ich, wie lautet der Ausschreibetext der BEG für die im E-Netz zum Einsatz bestimmten Fahrzeuge, von welchen Fahrgastkapazitäten ging die BEG bei der Abfassung der Ausschreibung aus, und welche Beschleunigungsfähigkeiten und Spitzengeschwindigkeit wurden für die Fahrzeuge zugrunde gelegt?
- 19 **Thomas Mütze** (GRU) Unterstützt die Staatsregierung das Positionspapier der Regulierungsbehörde, nach dem ab 1.1.2008 nur noch die Hälfte der Netzbetreiber, deren Kosten oberhalb eines Mittelwertes liegen, die Entgelte anerkannt bekommen, die dem Durchschnitt entsprechen - unabhängig von den tatsächlichen Kosten oder ist die Staatsregierung auch der Meinung, dass Bayern zukünftig auf die nachhaltige und sichere Energieversorgung durch die kommunalen Versorger nicht verzichten kann und wird sich die Staatsregierung daher im Interesse eben dieser und damit der Bayerischen Bevölkerung im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Konkurrenzfähigkeit der kommunalen Energieversorger einsetzen?

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

- 20 **Susann Biedefeld**
(SPD) Ist die Staatsregierung bereit, die Einführung jahrgangsübergreifender Grundschulklassen für das Schuljahr 2006/2007 sofort dort zu stoppen, wo die unbedingt erforderlichen Rahmenbedingungen (rechtzeitige Information und Einverständnis der betroffenen Eltern, ausreichende Differenzierungsstunden, Klassengröße bis 20 Schülerinnen und Schüler, speziell dafür ausgebildete Lehrkräfte, spezielle Unterrichtsmaterialien, ausreichende Raumkapazitäten etc.) nicht gegeben sind?
- 21 **Ulrike Gote**
(GRU) Trifft es zu, dass an der Jean-Paul-Grundschule in der Stadt Wunsiedel in Oberfranken im kommenden Schuljahr aus vier Klassen drei Klassen der dritten Jahrgangsstufe mit mehr als 30 Kindern gebildet werden, an welchen Grundschulen in Oberfranken erfolgen weitere Klassenzusammenlegungen und wie groß sind jeweils die entstehenden Klassen?
- 22 **Hans-Ulrich Pfaffmann**
(SPD) Teilt die Staatsregierung die in verschiedenen aktuellen Berichten zu vernehmende Einschätzung, wonach die Abitur-Prüfung im Leistungskurs Biologie für das Jahr 2006 von Fachkundigen (Lehrern, Professoren, etc.) als unverhältnismäßig schwer und als kaum sachgerecht zu beantworten eingestuft wird, und eine erheblich unterdurchschnittliche Benotung der betroffenen Abiturienten mit weitreichenden Folgen für Abiturnote, Studienchancen und Berufswahl befürchtet wird, welche Folgerungen zieht sie daraus und welche Kompensation bzw. welchen Ausgleich (Noten, Punkte, Korrekturschlüssel) erhalten die betroffenen Abiturienten?
- 23 **Renate Ackermann**
(GRU) Angesichts der Tatsache, dass die Hauptschule Weihenzell durch die Vorgabe des Kultusministeriums, dass nur noch mindestens zweizügige Hauptschulen eine Existenzberechtigung haben werden, und die Einführung der Budgetierung, die zu einer massiven Benachteiligung der Hauptschulen im ländlichen Raum führt, von der Schließung bedroht ist, frage ich die Staatsregierung, wird die Staatsregierung für die Hauptschule Weihenzell Maßnahmen ergreifen, die deren Bestand sichern?
- 24 **Dr. Simone Strohmayr**
(SPD) 1077 Lehrerinnen und Lehrer werden zum kommenden Schuljahr in den Grundschuldienst eingestellt, wie hoch ist der Ersatzbedarf durch Pensionierungen, Altersteilzeit und Beurlaubungen in der Grundschule, wie viele Lehrerinnen und Lehrer werden zusätzlich für die Verstärkung der Sprachförderung benötigt und wie hoch ist die mobile Reserve in der Grundschule für das kommende Schuljahr?
- 25 **Reinhold Strobl**
(SPD) 335 Lehrerinnen und Lehrer werden zum kommenden Schuljahr in den Hauptschuldienst eingestellt, wie hoch ist der Ersatzbedarf durch Pensionierungen, Altersteilzeit und Beurlaubungen in der Hauptschule, wie viele Lehrerinnen und Lehrer werden zusätzlich für die Verstärkung der individuellen Förderung benötigt und wie hoch ist die mobile Reserve in der Hauptschule für das kommende Schuljahr?
- 26 **Angelika Weikert**
(SPD) 530 Lehrerinnen und Lehrer werden zum kommenden Schuljahr in den Förderschuldienst eingestellt, wie hoch ist der Ersatzbedarf durch Pensionierungen, Altersteilzeit und Beurlaubungen in der Förderschule, wie viele Lehrerinnen und Lehrer werden zusätzlich für die Verstärkung der individuellen Förderung benötigt und wie hoch ist die mobile Reserve in der Förderschule für das kommende Schuljahr?

- 27 **Karin Pranghofer** (SPD) 467 Lehrerinnen und Lehrer werden zum kommenden Schuljahr in den Schuldienst an den beruflichen Schulen eingestellt, wie hoch ist der Ersatzbedarf durch Pensionierungen, Altersteilzeit und Beurlaubungen an den beruflichen Schulen, wie viele Lehrerinnen und Lehrer werden zusätzlich für die erhöhten Schülerzahlen an der FOS benötigt und wie hoch ist die mobile Reserve an den beruflichen Schulen für das kommende Schuljahr?
- 28 **Karin Radermacher** (SPD) 510 Lehrerinnen und Lehrer werden zum kommenden Schuljahr in den Realschuldienst eingestellt, wie hoch ist der Ersatzbedarf durch Pensionierungen, Altersteilzeit und Beurlaubungen in der Realschule, wie viele Lehrerinnen und Lehrer werden zusätzlich für die Verstärkung der individuellen Förderung benötigt und wie hoch ist die mobile Reserve in der Realschule für das kommende Schuljahr?
- 29 **Wolfgang Vogel** (SPD) 973 Lehrerinnen und Lehrer werden zum kommenden Schuljahr in den gymnasialen Schuldienst eingestellt, wie hoch ist der Ersatzbedarf durch Pensionierungen, Altersteilzeit und Beurlaubungen am Gymnasium, wie viele Lehrerinnen und Lehrer werden zusätzlich für die erhöhte Stundentafel am G8 benötigt und wie hoch ist die mobile Reserve am Gymnasium für das kommende Schuljahr ?